

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung
<b>Herausgeber:</b>	Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
<b>Band:</b>	69 (1994)
<b>Heft:</b>	10
<b>Vorwort:</b>	Vorwort des Redaktors

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# VORWORT DES REDAKTORS

## Schwacher Bundesrat

Die nächste Runde der Versuche, die Armee ratenweise abzuschaffen, ist eingeläutet. Der Bundesrat (BR) lehnte im Juni die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) lancierte Volksinitiative zur Halbierung der Verteidigungsausgaben ohne Wenn und Aber ab. Der Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartements (EMD) BR Kaspar Villiger konnte sich mit seinem Antrag im BR nicht durchsetzen, die Halbierungsinitiative als ungültig zu erklären. Unsere Regierung, offenbar über den bei der Ablehnung manifestierten eigenen Mut überrascht, bekam Angst und schlich sich aus der Verantwortung. Das Parlament solle über diese Initiative, ein rechtsstaatlicher Unsinn, befinden.

Unsere Verfassung verlangt klipp und klar, dass eine Volksinitiative dem Gebot der Einheit der Materie genügen muss. Es braucht dafür nicht die eingeholten Rechtsgutachten, um zu verstehen, dass der Stimmbürger mit einem Ja oder Nein zwei ganz verschiedenartige Begehren, im gleichen Paket verschnürt, annehmen oder ablehnen muss. Die SPS-Initiative verlangt nämlich, die Militärausgaben zu halbieren und Teile der freiwerdenden Finanzen für soziale Zwecke einzusetzen. So sozial, wie es als Schlangenfängerei gedacht ist, ist dieses SP-Begehren denn auch nicht. Die bundesrätliche Botschaft spricht darüber Klartext: «*Die Halbierung der Ausgaben für die Landesverteidigung dürfte gesamthaft 25 000 Arbeitsplätze vernichten, ohne dass dafür insgesamt realistische Chancen für Ersatz bestehen. Die dadurch entstehenden sozialen Kosten dürften über 2,5 Milliarden Franken betragen.*» Sollte auch das Parlament schwach werden und die Halbierungsinitiative als gültig erklären, wird das Volk wiederum dazu aufgerufen, diesen weiteren Angriff auf unsere Armee mit aller Deutlichkeit abzuschlagen.

Wenig Klarheit besteht bei den Fragen der Waffenausfuhrverbots-Initiative und bei der zerfahrenen Revision des Kriegsmaterialgesetzes. Die SP-Initiative «*für ein Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial*» wurde schon vor zwei Jahren eingereicht. Der Bundesrat drückt sich um eine Stellungnahme. Dieses Begehren, die Waffenausfuhr ganz zu verbieten, würde unsere Industrie empfindlich treffen. Ein weitgehendes Verbot für Exporte, Durchfuhr, Vermittlung und Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen für militärische, aber auch für mögliche doppelte – militärische und zivile – Verwendungszwecke (z B Baumaschinen sowie Taschenmesser), hätten unabsehbare Folgen für die Industrie und das Gewerbe. Weitere 15 000

Stellen der Privatwirtschaft gingen gemäss kompetenten Berechnungen verloren. Die von den Initianten vorgeschlagene Kommission zur Überwachung von wirtschaftlichen Transaktionen obiger Tatbestände lässt zu sehr an böse planwirtschaftliche Systeme erinnern. Die Vorstellung, dass die Schweiz mit einem Bruchteil von Prozenten des weltweiten Handels mit Rüstungsgütern, bei einem Verbot Pionierarbeit für die Friedenserhaltung leisten könnte, ist absurd. Die ausländische Konkurrenz würde sich darüber freuen. Naheliegend ist es, dass die schweizerischen Unternehmen noch mehr als bisher ihre Arbeitsplätze in das Ausland verlegen würden.

Mir ist es schleierhaft, dass ausgerechnet das EMD sich hergeben hat, das bestehende Kriegsmaterialgesetz (KMG) zu revidieren. Eigentlich müsste das Militär das ureigenste Interesse haben, Waffen und Geräte für die Armee im eigenen Lande zu entwickeln und zu bauen. Der Export wäre eine wichtige Stütze dazu. Ich denke dabei an das Know-how der Ingenieure und an ihr High-Tech-Wissen, welches der Armee in Form von Fachoffizieren oder Unteroffizieren zugute kommt. Die Spezialarbeiter von Bührle und Contraves könnten zB die wichtigsten Leute im Reparaturbereich der Panzer- und Fliegerabwehrwaffen sein.

Ausgerechnet das EMD hat für eine Revision des neuen KMG Vorschläge unterbreitet, welche den Begriff Kriegsmaterial willkürlich ausweiten und die Übertragung von Lizenzen und Know-how einer Bewilligungspflicht (noch mehr Büro!) unterstellen. Die vorgeschlagene Revision des neuen KMG ist untauglich und lehnt sich in falscher Kompromissbereitschaft an die SP-Initiative an. Es schwächt die Milizarmee, weil diese das Know-how und die Arbeiter der Waffenindustrie braucht. Die vorliegende Revision ist im Interesse der Landesverteidigung und der Industrie abzulehnen und wenn nötig durch ein Referendum zu bekämpfen.

Mir scheint, dass sich der Bundesrat und das EMD in dieser Sache schwach gezeigt haben. Richtig wäre es, das weitere Verfahren unter die Federführung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) bzw unter das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) zu stellen.

Ich möchte damit auch die Forderung stellen, mit dem zwielichtigen Spiel aufzuhören und die SP-Initiative «*für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr*» ohne Gegenvorschlag schon morgen vor das Volk zu bringen. Alles andere riecht nach hohen Sprüchen und nach Vernebelungsversuchen.

Edwin Hofstetter